

Haushaltsrede von Melanie Seufert
Fraktionssprecherin GRÜNE Fraktion im Rat der Stadt Aachen
Aachen, am 23.01.2019
- Es gilt das gesprochene Wort -

Was wäre, wenn ...?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Verwaltung, Frau Grehling,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin viel in anderen Städten unterwegs.

Neulich bin ich mit dem Fahrrad durch **Münster** gefahren. Ein Traum! Breite Radwege, Fahrradparkhäuser, ein gutes Verkehrsleitsystem, Schnellradwege-Verbindungen in die Stadt. Ein Sicherheitsgefühl, sagenhaft.

In **Bonn**, ich habe es kaum für möglich gehalten, kann man mit einem 365 Euro-Ticket ein ganzes Jahr Bus fahren.

In **Maastricht** gibt es so gut wie keine Autos in der Innenstadt. Dort kann man richtig gut einkaufen gehen, ohne Lärm und Gestank.

In **Darmstadt** kann man sich anschauen, wie eine lebendige, digitale Stadt aussieht, die die Digitalisierung auf sinnvolle und nachhaltige Weise nutzbar macht. Ein super-interessanter Prozess, an dem alle Bürger*innen beteiligt werden.

In **Wien** werden seit 100 Jahren Sozial-Wohnungen von der Stadt gebaut. Jeder vierte Haushalt wohnt in einer Gemeindewohnung. Die Mieten sind nach wie vor vergleichsweise niedrig.

In **Freiburg** steht der Klimaschutz ganz oben auf der Agenda. Die Stadt hat gerade erst den Bundeswettbewerb „Klimaaktive Kommune 2018“ gewonnen.

Und wie sieht's bei uns in Aachen aus?

Aachen ist vor allem Weihnachtsgebäck, Dom und Hochschule.
Aachen wirkt bedächtig und bewahrend.

Aachen ist zwar eine Universitätsstadt, aber unter den Studierenden gilt Aachen als eher langweilig.

Seit mehreren Jahren beschäftigt sich die Stadt mit einem Markenbildungsprozess. Es wird überlegt, wie sie sich in der Konkurrenz der Städte nach außen darstellen will, unter anderem um mehr Fachkräfte und Tourist*innen anzuziehen.
Eine Marke braucht aber auch Substanz. Sie muss sich mit der Realität messen lassen.

*Aachen hat definitiv Geschichte,
Aachen kann auch Zukunft, wenn man an die Hochschulen denkt,
aber Aachen kann nicht Gegenwart.*

Wenn man durch das gegenwärtige Aachen läuft, sieht man zwar sehr viele Parkplätze, aber viel zu wenig Bäume und zu wenig Aufenthaltsqualität. **Neue Bäume?** Fehlanzeige.

Auf der Suche nach der **Energiewende** in Aachen zeigt ein Blick auf die Dächer: Es gibt nur sehr wenige Solaranlagen. Das Solardachpotenzial ist in Aachen noch lange nicht ausgeschöpft! Warum nicht mal eine Marketingkampagne machen?

Von **sauberer Luft** kann in Aachen auch keine Rede sein. Jetzt werden die Dieselbusse mit Schadstofffiltern nachgerüstet. Aber ob das ausreichen wird, die drohenden Fahrverbote zu vermeiden, kann ernsthaft bezweifelt werden!

Anstatt, dass hier die Autos durch angemessene **Parkgebühren** in die Parkhäuser gelenkt werden, drehen die Autofahrer*innen gemütlich ihre Runden auf der Suche nach einem Parkplatz durch die Innenstadt.

Die Angst vor dem Protest der Autolobby spielt hier in Aachen anscheinend eine große Rolle. Und das Platzproblem bleibt.
Statt eine **autofreie Innenstadt** genießen zu können, müssen sich die Fußgänger*innen durch die Autoschlange vor dem Parkhaus Büchel schlängeln.

Möchte man in Aachen Bus fahren, muss man sich, je nach Tageszeit, auf längere Wartezeiten einstellen. Manchmal fällt der Bus auch komplett aus, ohne dass man weiß, was eigentlich los ist. Ganz ehrlich: Dann nehmen viele doch lieber das Auto!

Suche: Attraktives Bussystem. Biete: Zufriedene Kunden. Fehlanzeige. Warum wird hier nicht mehr in den **ÖPNV** investiert? Ein Rätsel.

Die Busse sind überfüllt und stecken im Verkehr fest.

Separate Busspuren und Radwege, alternative Planungen für die Neuaufteilung des Straßenraums – z.B. für den Adalbertsteinweg oder die Jülicher Straße? Fehlanzeige.

Stillstand liegt in der Luft und auf der Straße.

Das Fahrrad könnte eine Alternative sein. Aber, damit unterwegs bin ich ernsthaft um meine Sicherheit besorgt. **Entspanntes Radfahren in Aachen?** Schon wieder Fehlanzeige.

Hansemannplatz, Kaiserplatz oder Normaluhr – keine dieser Kreuzungen wird ernsthaft sicherer gemacht. Warum wird hier das Sicherheitsbedürfnis der Radfahrer*innen einfach ignoriert? Unglaublich.

Auch auf die herbeigesehnten **Fahrradstraßen** muss man in dieser Stadt lange warten. Dass beispielsweise bei der Breslauer Straße keine separaten Radwege ausgewiesen wurden, ist ein Skandal und dass die Verwaltung für diesen guten Vorschlag sinnbildlich verprügelt wurde, noch viel mehr!

Ich setze mich an den Elisenbrunnen mit meinem Smartphone. Kein Empfang. Bei der Stadt „xy“ beantragen. Kein Onlineformular, Suchauftrag: Keine Treffer! Nur per Post möglich! Oder direkt im Bürgerservice. Wegen der langen Wartezeiten ist der aber total unattraktiv. **Aachen soll digitale Stadt sein?** Geht so digitale Stadt? Davon sieht man hier leider recht wenig.

Gehen wir weiter durch die Stadt: In weiten Teilen der **Innenstadt** trifft Stillstand auf Leerstand. In der Adalbertstraße sieht man: Nichts.

Aachen steckt im Schwitzkasten von wenigen lokalen Investoren.

Auswärtige Investoren scheinen um die Stadt einen weiten Bogen zu machen, obwohl die Stadt sich jährlich auf der Investorenmesse EXPO REAL präsentiert – allerdings immer nur gemeinsam mit den lokalen Investoren. Ist das schlau?

Und das größte Problem ist: Es scheint niemand da zu sein, der die Projekte zur Chefsache macht und tatsächlich anpackt.

Wie soll die Innenstadt zukünftig aussehen? Wo können neue **Wohnviertel** entstehen? Wo werden die **Einkaufslagen** konzentriert?

Die Stadt braucht **Leitlinien!** Und eine Baudezernentin, die nicht nur verwaltet, sondern Projekte auch anpackt ebenso wie einen Rat, der in seiner Mehrheit tatsächlich die Stadt entwickeln und zukunftsfähig machen will und dabei das **Engagement der Bürgerschaft** und deren Kreativität einbezieht und nutzt.

Der neue City-Manager wird da wenig ausrichten. Weil schon eine der Grundvoraussetzungen fehlt:

Das politische Bekenntnis zur Mobilitätswende in der Stadt.

Schaut man sich das Leitprojekt für die Innenstadt an – den **Bushof**, geht es auch hier seit Jahren keinen Schritt voran.

Ebenso wie neben dem **Hauptbahnhof**. Dort sieht man eine Abrisshalde und sonst nichts. Eigentlich war das absehbar. Ein attraktives Fahrradparkhaus sucht man an dieser Stelle vergebens. Schade!

Entscheide ich mich trotz alledem nach Aachen zu ziehen, suche ich eine **Wohnung**. Und suche und suche und suche. Aktuell fehlen 5.000 Wohnungen. Die Stadt kann nur jeder dritten Nachfragenden überhaupt ein Angebot machen. Trotzdem stehen hier so viele Wohnungen leer.

Warum gibt es in Aachen keine **Wohnraumschutzsatzung** wie in anderen Städten?
Warum baut die Stadt nicht selbst wieder mehr Wohnungen und schafft so dauerhaft bezahlbaren Wohnraum? Es gibt hierfür erhebliche Fördermittel. Unverständlich!

Und wenn ich meine Kinder an der Gesamtschule anmelden möchte, gibt es keinen Platz.
Der Bedarf wird seit Jahren nicht gedeckt. Der Bau der fünften Gesamtschule wird, wie viele andere Projekte in Aachen, auf die lange Bank geschoben.

Was macht die lokale Politik hier eigentlich? Frage ich mich.

Werfen wir einen **Blick zum OB**:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister:

- Warum ist das Parkhaus Büchel eigentlich immer noch geöffnet, obwohl Sie 2015 angekündigt hatten, es zu schließen?
- Warum sprechen Sie sich für die Verlagerung der Prostitution aus der Innenstadt aus, obwohl das im Rat anders beschlossen wurde?
- Warum setzen Sie Ihre Aussage 2017 „Wir müssen bauen, bauen, bauen“ nicht um?
- Warum passiert am Bushof nichts, obwohl Sie 2018 die „Großbaustelle Bushof“ vermeintlich zur Chefsache gemacht haben? Ein privater Sicherheitsdienst wurde engagiert. Das war's.
- In diesem Jahr haben Sie in Ihrer Rede von der verbreiteten „Empörung“ in der Stadt gesprochen und sich darüber beklagt, dass in Aachen alles so lange dauert.

Dass alles unglaublich lange dauert, das stimmt!

Nur stellt sich da die Frage: Wer ist denn der Chef der Verwaltung?

Empörung hin oder her. Wir sind empört und zwar ganz zu Recht!

Es gründen sich immer mehr **Initiativen von Bürger*innen**, die der Politik nicht mehr vertrauen, die es leid sind, die die Entwicklung der Stadt selbst in die Hand nehmen wollen.

Auch sie fragen sich:

Wieso dauert das so lange?

Warum geht es nicht voran?

Was ist denn nur los in dieser Stadt?

Die Antwort lautet leider: nicht viel.

Masterplan, Green City Plan, Luftreinhalteplan. Die Verwaltung entwickelt einen Plan nach dem anderen. Es wird geredet, geplant und diskutiert. **Aber nichts passiert.**

Projekte könnten in die Tat umgesetzt werden, notfalls eben durch externe Vergaben, wenn das Personal fehlt.

Geld und Ideen gibt es genug!

Es gab noch nie so viele Fördertöpfe wie in den letzten beiden Jahren. Und der Haushalt ist dank guter Steuereinnahmen auch so gut wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Es gibt viele tolle Beispiele aus anderen Städten, die zeigen, dass es geht. Man muss es nur wollen.

Aachen hingegen bekommt zunehmend ein **Imageproblem**. Andere Städte entwickeln sich nach vorne. In Aachen ist Stillstand oder sogar Rückschritt.

Es **fehlen Visionen**, die gemeinsam mit der Stadtgesellschaft entwickelt werden. Denn da gibt es viele Ideen:

- Dort werden Konzepte für smarte, umweltfreundliche Mobilität entwickelt und vorgebracht.
- Dort entwickeln Bürger*innen für ihre Blocks und Stadtteile Ideen für gutes Nebeneinander von Wohnen, Arbeiten, Umwelt in der Stadt.
- Dort gibt es die Menschen, die für die Kultur Projekte entwickeln, die Kulturinstitutionen unterstützen und selbst Kultur organisieren und machen.
- Es gibt Initiativen, die die Herausforderungen der Digitalisierung thematisieren.
- Und nicht zuletzt gibt es die vielen Menschen, die sich sozial oder im Sport engagieren.

Das alles ist noch mehr wert als ein paar Millionen in den Haushaltsbüchern. Man muss dieses Potenzial nur nutzen.

Ein Blick in die **Haushaltsbücher** offenbart die Misere:

DIE Zukunftsinvestition für Aachen ist die Sanierung des Neuen Kurhauses.

Das Ergebnis ist ein unnötiger Investitionsstau wegen eines 50 Mio. Großprojekts.

Da sind die Prioritäten mehr als falsch gesetzt, und nicht nur wir fragen uns natürlich, welchen Nutzen, welchen **Mehrwert das für die Bevölkerung** hat? Wir haben drängendere Probleme!

Das soll alles sein, was in Aachen möglich ist? Ist das alles, was Aachen zu bieten hat?

Der Stillstand ärgert mich, uns GRÜNE und die Menschen in unserer Stadt.

Dabei ist die Mehrheit der Bevölkerung längst weiter als die Politik im Rat.

Aachen könnte viel mehr sein!

Was wäre, wenn ...

... es in Aachen mehr Bäume anstatt Parkplätze gäbe?

... man für einen Euro pro Tag Bus und Bahn fahren könnte?

... es in Aachen einen attraktiven und verlässlichen ÖPNV gäbe?

... es mehr Busspuren und separate Radwege gäbe? Wenn das Radfahren sicherer wäre?

... die Innenstadt weitestgehend autofrei wäre?

... es weniger Lärm und Gestank gäbe und der Luftreinhalteplan endlich auch umgesetzt werden würde?

... wir mehr unterschiedliche Investoren in Aachen hätten?

... es genug Wohnungen gäbe, die Stadt selbst Wohnungen bauen würde?

Was dann wäre? Dann wäre Aachen GRÜN!

Dann wäre Aachen endlich wieder eine Stadt für alle und aus Unzufriedenheit wäre Bürgerbeteiligung geworden.

Weil Aachen nicht so ist, wie es mit unseren Haushaltsvorschlägen sein könnte, werden wir den Haushalt ablehnen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

An die Redaktionen

Aachen, 22. Januar 2019

Haushaltsrede 2019 (Sperrvermerk 23.1.2019, 17⁰⁰ Uhr)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich mich im Namen unserer Fraktion ganz herzlich bei Ihnen, Frau Grehling, sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung des Haushaltsplans 2019 bedanken. Um uns heute das umfangreiche Zahlenwerk präsentieren zu können, war wohl so manche Überstunde bis spät in den Abend hinein notwendig.

Sechs oder mehr Haushaltsreden am Stück sind sicherlich nicht vergnügungssteuerpflichtig, und so gab es in den vergangenen Jahren eine Reihe von Versuchen, mit der Tradition zu brechen und neue Formen der Auseinandersetzung mit dem jeweils vorliegenden Haushalt auszuprobieren. Das reichte vom Kabarettprogramm bis zu einem Fachvortrag zur Digitalisierung. Überzeugend waren diese Bemühungen alle nicht. Eine Haushaltsrede ist nun mal die grundsätzliche Abrechnung der Opposition mit den Regierenden, oder wie der ehemalige französische Präsident Jacques Chirac es formuliert hat: »Es ist die Aufgabe der Opposition, die Regierung abzuschminken, während die Vorstellung noch läuft.«

Und die Zuschauerinnen und Zuschauer hier in Aachen erleben auf der Bühne eine Große Koalition, deren Vorstellung von Zögerlichkeit und Stillstand geprägt ist. Angesichts der drohenden Diesel-Fahrverbote wird beim Thema Luftreinhaltung nicht zielstrebig und konsequent gehandelt. Das Auto wird weiterhin favorisiert, und die Mehrheitsfraktionen unternehmen zu wenig, um den motorisierten Individualverkehr durch einen wirklichen Ausbau des ÖPNV und des Radwegenetzes stärker aus der Innenstadt herauszuhalten.

Was unsere Stadt braucht, ist eine sozial-ökologische Verkehrswende mit einem für alle bezahlbaren ÖPNV, mehr Raum für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie ein sicheres und gut ausgebautes Radwegenetz. Zu letzterem hat DIE LINKE bei den Haushaltsberatungen im Mobilitätsausschuss beantragt, knapp 450.000 Euro mehr für die Sanierung von Radverkehrsanlagen bereit zu stellen, was von der GroKo allerdings abgelehnt worden ist.

Eine der drängendsten Herausforderungen in Aachen ist der fehlende bezahlbare Wohnraum. Wir alle wissen, dass dieses Problem schon lange existiert, aber es ist über Jahre sträflich vernachlässigt worden. Nun macht die GroKo endlich einen deutlichen Schritt nach vorne und hat eine Quote von 40 Prozent öffentlich geförderten Wohnraums beschlossen. Diese Quote soll sich dann auch auf die Wohnfläche und nicht mehr auf die Wohneinheiten beziehen, eine Entscheidung, die unsere Fraktion seit vielen Jahren fordert. Aber alle nun beschlossenen

Maßnahmen werden nicht ausreichen, denn in den kommenden Jahren werden tausende Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen.

Was wir vor diesem Hintergrund überhaupt nicht nachvollziehen können, ist die Tatsache, dass die Große Koalition bisher so vehement eine Leerstandssatzung abgelehnt hat. Seit langem fordert unsere Fraktion eine solche Satzung, die ein wichtiges Steuerungselement zur Schaffung von Wohnraum darstellt. Vielleicht führen aktuelle Vorschläge der Verwaltung für eine Wohnraumschutzsatzung zu einem Umdenken bei der GroKo.

Aber wenn wir in Aachen über Leerstand sprechen, beklagen wir auch aufgegebene Geschäfte in der Innenstadt und trostlose Bereiche vor allem in der Altstadt. Die städtebauliche Entwicklung rund um den Büchel und am Bushof ist quasi zum Erliegen gekommen. Die Investoren drohen mit dem Ausstieg aus der Umgestaltung des Altstadtquartiers, und zu den Problemen am Bushof fällt CDU und SPD nur die Einrichtung einer Koordinierungsstelle ein.

Auch die Diskussionen um das Rotlichtviertel sind nicht mehr nachzuvollziehen. Es gibt einen eindeutigen Ratsbeschluss über den Verbleib in der Antoniusstraße. Und dann verlassen Prostituierte die Bordelle, weil diese keine Betriebserlaubnis mehr bekommen. Blockieren sich hier das neue Prostituiertenschutzgesetz und die erlassene Veränderungssperre gegenseitig, oder will man auf diesem Wege den Investoren entgegenkommen und das Rotlichtviertel an den Rand der Stadt drängen?

Auch in der unteren Adalbertstraße, wo preiswerter Wohnraum vernichtet wurde, verfällt die Gebäudesubstanz, und von der Schaffung neuer Wohnungen ist man hier weit entfernt. Die politischen Instrumente zur Steuerung der Stadtentwicklung sind vorhanden; sie müssen nur konsequent eingesetzt werden. So muss die Stadt den privaten Investoren sehr viel nachdrücklicher eindeutige Rahmenbedingungen setzen, nach denen Bauvorhaben abzulaufen haben, denn unsere Stadt gehört nicht den Investoren, sondern den Menschen, die hier leben.

Die Haushaltslage, meine Damen und Herren, hat sich stabilisiert und verbessert. Darum ist es an der Zeit, endlich den politischen Stillstand zu überwinden und soziale Akzente zu setzen. Und dies ist dringend notwendig. Die zunehmende Armut in all ihren Facetten ist nicht zu akzeptieren. Im Oktober 2018 erhielten 3.108 Personen Grundsicherung im Alter, und diese Zahl wird von Monat zu Monat weiter ansteigen. Darüber hinaus wächst nahezu jedes vierte Kind in armen Verhältnissen auf. Die drohende Gefahr einer sozialen Spaltung auch bei uns in Aachen darf nicht hingenommen werden. Und was macht die Große Koalition? Sie schweigt zu dieser Entwicklung und verweist allenfalls achselzuckend auf die bundespolitische Zuständigkeit.

Doch die betroffenen Menschen leben in unserer Stadt. Der SPD-Politiker Schmitt-Vockenhausen hat einmal gesagt: »Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.« Genau deshalb ist es unsere Aufgabe, über unsere Bundestagsabgeordneten oder den Deutschen Städtetag entsprechenden Druck auf die Bundesregierung auszuüben.

Aber es kann auch kommunalpolitisch einiges getan werden, um allen Einwohnerinnen und Einwohnern eine gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Neben der bereits erwähnten Schaffung bezahlbaren Wohnraums, damit z. B. Alleinerziehende nicht mehr aus der Innenstadt wegziehen müssen, ist das Quartiersmanagement in den Stadtteilen zu erhalten und auszubauen. Überlegungen der Landesregierung, Fördermittel für die Quartiersarbeit zu kürzen, müssen entschieden zurückgewiesen werden. Die Träger der freien Wohlfahrtspflege leisten in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen eine gute Arbeit, die vor allem sozial benachteiligten Menschen zugute kommt. Ihre berechtigten Anträge auf Erhöhung der Zuschüsse wurden im Sozialausschuss nur zum Teil bewilligt, obwohl es sich nur um eine Gesamtsumme von 27.500 Euro gehandelt hätte. Auf der anderen Seite zahlt die Stadt Aachen einen jährlichen Beitrag von 22.000 Euro für ihre Mitgliedschaft im Verein *Metropolregion Rheinland*, der unserer Stadt keinerlei Nutzen bringt.

Meine Damen und Herren, wir haben es hier im Rat mit einer erdrückenden und selbstherrlichen Großen Koalition zu tun, die lebhaft und zielführende Diskussionen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger Aachens mehr als erschwert. Während die Opposition sinnvollen Anträgen von CDU und SPD im Interesse der Menschen zustimmt, werden Anträge der oppositionellen Fraktionen grundsätzlich abgelehnt oder aber durch eigene, oft schnell zusammen gestrickte Beschlussvorschläge, ersetzt. So kann man dann die Idee der anderen zur eigenen machen. Das jedoch ist keine Politik für die Menschen, sondern nur die Arroganz der Macht.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf einige Haushaltsanträge der LINKEN verweisen, die alle von der Mehrheit abgelehnt worden sind. Für die Umsetzung des Park&Ride-Konzeptes, das für die Luftreinhaltung so wichtig ist, sollte der Haushaltsansatz auf 90.000 Euro verdoppelt werden. Zur Verbesserung des ÖPNV tragen auch barrierefreie Haltestellen bei. Aus diesem Grund wollte unsere Fraktion das entsprechende PSP-Element um 100.000 Euro erhöhen.

Ein besonders wichtiges Anliegen ist uns die musikalische Frühförderung in Grundschulen. So leisten z. B. die Instrumentalklassen einen bedeutenden Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung der Kinder, und sie verbessern den Lernerfolg in den sogenannten Hauptfächern. Darüber hinaus stärken sie die gerade heute so notwendigen interkulturellen Kompetenzen. Es ist darum völlig unverständlich, dass die Schulen jedes Jahr um die Finanzierung ihrer Projekte kämpfen müssen, in dem sie neue Sponsoren suchen und oft vergebliche Anträge bei der Stadt stellen.

Angesichts dieser Situation hat DIE LINKE die Einrichtung eines Fonds in Höhe von zunächst 50.000 Euro beantragt. Aber auch dieser Antrag wurde, wie so viele andere, von der GroKo abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Während CDU und SPD sich auf die Themen Wissenschaftsstadt Aachen und Campus West fokussieren, die für die Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner eher von marginaler Bedeutung sind, herrschen bei der städtebaulichen Entwicklung und den Investitionen in eine soziale Stadt Ideenlosigkeit und Stillstand vor. Einer solchen Politik, von der auch der vorliegende Haushaltsplan geprägt ist, wird DIE LINKE nicht zustimmen.

Leo Deumens
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

Rede von Wilhelm Helg, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen zu TOP 7.1.,
Haushaltsplanberatungen einschließlich Stellenplan – Haushaltsreden / 2019 in der Ratssitzung am
23. Januar 2019

Es gilt das gesprochene Wort !

Herr Oberbürgermeister, Frau Stadtdirektorin und Kämmerin, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Frau Grehling hat in Ihrer Haushaltsrede im Oktober ausgeführt, dass im Ergebnisplan Erträge von
1.006.853.100 EURO und Aufwendungen in Höhe von 1.025.671.700 EURO festgesetzt werden – die
letzten Änderungen in den beiden Veränderungsnachweisungen sind hier bereits berücksichtigt.
Damit hat die Stadt Aachen 2019 hier erstmals die Grenze von einer Milliarde EURO überschritten !

Der Jahresfehlbedarf 2019 betrug zum Zeitpunkt der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes etwa
26,6 Millionen EURO und beträgt aktuell, also nach der zweiten Veränderungsnachweisung, circa 18,8
Millionen EURO. Diese haushalterisch erfreuliche Entwicklung senkt die Quote des
Eigenkapitalverzehrs für dieses Jahr auf 2,74 %, wodurch die allgemeine Rücklage auf etwa 668
Millionen EURO reduziert wird. Im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 verschlechtern
sich die Zahlen jedoch sowohl im Hinblick auf den Jahresfehlbedarf als auch die allgemeine Rücklage
und den Eigenkapitalverzehr wieder erheblich, zumal ja die Bemessungsgrundlage für die Berechnung
der 5 %-Grenze immer niedriger wird. In den beiden kritischen Jahren 2021 und 2022, also wenn die
Realisierung diverser Großprojekte wie beispielsweise der Umbau des Neuen Kurhauses anstehen,
bewegen wir uns also wieder sehr nahe in Richtung dieser 5 %-Grenze: 4,76 % in 2021 und 4,57 % in
2022. Bereits leichtere Rückgänge beim Steueraufkommen, insbesondere bei der Gewerbesteuer
wären dann fatal !

Oberste Maxime von Rat und Verwaltung muss daher auch in den kommenden Jahren eine
disziplinierte, sparsame und aufgabengerechte Haushaltsbewirtschaftung sein !

Die Zahlen des Haushalts 2019 basieren auf einer grundsätzlich positiven Entwicklung, so dass in den
Beratungen in den Bezirksvertretungen und in den Fachausschüssen zwischen allen Fraktionen ein
Grundkonsens konstatiert und nur wenige Änderungsanträge nach Vorlage der zweiten
Veränderungsnachweisung gestellt worden sind. So waren beispielsweise im Haupt- und
Planungsausschuss die Beschlüsse einstimmig, lediglich im Finanzausschuss wurden von den
Grünen drei Änderungsanträge gestellt, die jedoch von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurden.
So haben wir einer Übertragung der PSP-Elemente betreffend die Modernisierung des Freibades
Hangeweier, hier 3 Bauabschnitt, und bezüglich des Verwaltungsgebäudes Lagerhausstraße aus der
sogenannten 14er Liste in den Haushalt, obwohl auch diese Produkte in der Sache gemeinsam
beschlossen worden sind, ebenso wenig zugestimmt wie der umgekehrten Verlagerung des Elements
betreffend die Sanierung des Neuen Kurhauses, also des ehemaligen Spielcasinos in der
Monheimsallee, aus dem Haushalt heraus in die Liste nach §14.

Insgesamt stimmt die FDP-Fraktion in diesem Jahr dem Entwurf der Haushaltssatzung zu !

Der Haushalt 2019 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2022 sind solide, wenn auch nicht der
große Wurf oder gar die Wende im Hinblick auf eine Entschuldung der Stadt Aachen. Eine nachhaltige
Konsolidierung der Kommunal Finanzen kann jedoch nur gelingen, wenn der Bund und das Land das
Konnextitätsprinzip mehr als bisher beachten und den Städten und Gemeinden eine ausreichende
finanzielle Ausstattung zukommen lassen.

Erfreulich ist, dass das Ergebnis 2019 besser ausfallen wird als noch im vorigen Jahr für dieses Jahr
geplant. Die ordentlichen Erträge steigen ebenso gegenüber dem Vorjahr wie die Aufwendungen. Die
sehr positive Entwicklung bei den Erträgen ist insbesondere den weiterhin sprudelnden
Gewerbesteuereinnahmen von knapp 210 Millionen EURO zu verdanken. Zwar konnte das noch
bessere Niveau vom Stand von Anfang Dezember 2018 von rund 215 Millionen EURO wegen der
üblichen leichten Absenkung zum Jahresende leider nicht ganz gehalten werden, aber dennoch ist die
Entwicklung positiv, ohne dass hieraus ein Freifahrtschein auf die Zukunft gefolgert werden kann.

Die Gewerbesteuer ist und bleibt stark konjunkturabhängig, so dass bei zurückgehendem Wachstum der Wirtschaft – insbesondere vor dem Hintergrund des bevorstehenden harten Brexit und einer möglichen Zinswende – die Entwicklung in Zukunft auch wieder rückläufig werden könnte.

Aber wir wollen an dieser Stelle nicht unken !

Sehr positiv bewerten wir Freien Demokraten ebenso wie die Gewerbetreibenden und die Verbände der Wirtschaft, dass weder die Verwaltung noch die beiden Mehrheitsfraktionen eine Anhebung der Hebesätze der Realsteuern wie zuletzt vor der letzten Kommunalwahl vorgeschlagen oder gar eingeplant haben. Es bleibt also bei einem Gewerbesteuersatz von 475 vom Hundert und einem Steuersatz für die Grundsteuer B von 525 vom Hundert. Eine Senkung der Hebesätze steht aber leider auch überhaupt nicht zur Disposition!

Auch die Kassenkredite, die derzeit bei etwa 392 Millionen EURO liegen, sollen abgebaut und die in der Haushaltssatzung festgeschriebene Höchstgrenze für die Aufnahme von Liquiditätskrediten ab 2019 auf 550 Millionen EURO gesenkt werden. Damit würden auch die Effekte eines Anstiegs der derzeit historisch niedrigen Zinsen abgemildert werden.

Haushalterisch wurden also die Hausaufgaben im Wesentlichen gemacht !

Die FDP-Fraktion dankt insbesondere der Kämmerin und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs Finanzsteuerung und auch des Fachbereichs Steuern und Kasse, namentlich Herrn Kind, Herrn Guth und Herrn Hermanns, für die alljährlich hervorragende Arbeit seit der zügigen Genehmigung der letztjährigen Haushaltssatzung im März und vor allem in den arbeitsintensiven Wochen vor und nach der Haushaltseinbringung am 10. Oktober 2018 über die beiden Veränderungsnachweisungen Anfang Dezember und Mitte Januar bis zur letzten kleinen Anpassung im Finanzausschuss in der vergangenen Woche.

Positiv bewerten wir alle – oder besser gesagt fast alle ! – die eingebrachten Maßnahmen zur Luftreinhaltung, insbesondere die Anschaffung oder besser gesagt Bestellung von Elektrobussen und die Wiedereinführung eines Marktliners nach einem alten und letztendlich doch beschlossenen Antrag der FDP ! Hierfür werden insgesamt Projekte in Höhe von knapp 7,5 Millionen EURO gefördert. Damit besteht die deutlich gewachsene Wahrscheinlichkeit, den Ausstoß von Stickstoffdioxid zu reduzieren und die Vorgaben im Jahresmittelwert einzuhalten, so dass die drohenden Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in der Aachener Innenstadt vermieden werden können. Wir in Aachen setzen auf eine nachhaltige Mobilität und eine Veränderung im Mobilitätsverhalten aber ohne Zwang und einen Wechsel hin zu moderneren, emissionsärmeren und umweltschonenderen Antriebstechniken, die möglichst auch in Aachen entwickelt werden sollen.

Etwas gestritten wurde zuletzt noch über die Höhe des Zuschusses für die freie Kultur. Die sogenannten Kaste-Mittel, also für die Kultur außerhalb städtischer Einrichtungen, wurden übereinstimmend im letzten Jahr für die Jahre 2019 bis 2021 um 25.000 EURO erhöht. Wenn nunmehr die Grünen auf der Grundlage einer Diskussion im Kulturausschuss im letzten November eine weitere Erhöhung dieser Haushaltsposition um 25.000 EURO fordern, halten wir diese Anhebung des Zuschusses derzeit für nicht angemessen. Den bereits aus den Mehrheitsfraktionen vorgeschlagenen Kompromissvorschlag, im Falle einer Niederlage der Stadt im verwaltungsgerichtlichen Streit um den Musikbunker im Hinblick auf den Lärmschutz die Mittel um weitere 25.000 oder gar 33.000 EURO zu erhöhen, würde auch die FDP-Fraktion mittragen.

Wir Freien Demokraten bedauern die Verrohung der Sitten in den Debatten außerhalb dieses Hauses. Wie der Oberbürgermeister bereits in seiner Neujahrsansprache vor den Vereinen ausgeführt hat, können Rat und Verwaltung nicht akzeptieren, wenn Ratsmitglieder oder Verwaltungsmitarbeiter oder auch der Hauptverwaltungsbeamte selbst insbesondere in sozialen Medien persönlich verunglimpft, beschimpft oder wie leider auch bereits mehrfach in verschiedenen Fachbereichen geschehen, sogar tätlich angegriffen werden. Hier müssen alle demokratischen Vertreter insbesondere dieses Rates zusammen stehen und diese Misstände ansprechen und verurteilen.

Für konstruktive Kritik aus der Bürgerschaft, auch wenn sie in deutlicher Sprache formuliert wird, müssen wir alle jedoch immer zugänglich sein. So müssen wir uns sagen lassen, dass Aachen teilweise schmutzig und ungepflegt ist, Müll herumliegt und zu spät entsorgt wird, Laternen defekt sind und Baustellen teilweise um Wochen länger in Betrieb sind als geplant und auch unsere Planungen der Großprojekte vom Campus West über den Büchel bis zukünftig zum Bushof viel zu lange in

Anspruch nehmen. Auch ändern wir unsere Planungen neuer Gewerbe- und insbesondere auch Wohnflächen immer wieder über lange Zeiträume ab, es ist daher unredlich, wenn die übrigen Oppositionsfraktionen, also Grüne, Linke und Piraten der Gestaltungsmehrheit vorwerfen, nicht genügend neuen insbesondere günstigen und öffentlich geförderten Wohnungsbau umzusetzen. Der Erhöhung der Quote auf 40 % für alle Vorhaben haben wir Freien Demokraten jedoch nicht zugestimmt, da hierdurch Investoren weiter abgeschreckt, Bauvorhaben zusätzlich verteuert und letztendlich eine ausreichende soziale Durchmischung in diesen Wohngebieten nicht mehr gewährleistet sein könnte.

Im Übrigen gibt es in Aachen jedoch in erster Linie nicht ein Planungs-, sondern viel mehr ein Umsetzungsdefizit, wie wir alle beim Projekt Büchel seit Jahren schmerzhaft erleben müssen – aber mit diesem Thema werden wir uns ja später noch am Ende der Tagesordnung abermals befassen.

Dem neuen Stellenplanentwurf 2019 mit der Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen, den wir gleich als nächstes unter TOP 7.2 beschließen werden, stimmt die FDP ebenfalls zu: 61 zusätzliche Stellen bei einer Gesamtverwaltung von 5.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind vor dem Hintergrund zwingender Aufgabenzuwächse durchaus angemessen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin gestern am Rande der Unterzeichnung des Aachener Vertrages von Kolleginnen und Kollegen und auch aus der Verwaltung angesichts von mindestens acht Redebeiträgen in dieser Haushaltsdebatte gebeten worden mich kurz oder zumindest kürzer zu fassen sowie auf die Nennung zu vieler Zahlen zu verzichten und komme dieser Bitte hiermit gerne nach.

Solle noch einmal jemand sagen, wir Kommunalpolitiker seien nicht lernfähig, oder zumindest anpassungsfähig !

Ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit !

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir uns bei der Kämmerei bedanken für die Erstellung des Haushalts. Bei Ihnen Frau Grehling als Kopf der Kämmerei und ganz besonders bei Herrn Kind und Herr Schoel, die uns wie jedes Jahr bei Detailfragen umfassend und sehr kompetent zur Seite standen.

Damit das schon mal aus dem Weg ist: Wir werden den Haushalt nicht mittragen wegen der Unterfinanzierung diverser Eigenbetriebe und der Fehlinvestition ins neue Kurhaus.

Sie verabschieden heute den Haushalt 2019. Im Jahr 2019 sind wir im 5. Jahr der Ehe zwischen der CDU und SPD. Ehe ist ja nach mehreren Jahren wie Sekt trinken aus der Schnabeltasse. Da hört es ganz schnell auf zu prickeln.

Am Anfang ist man noch motiviert. Alles ist neu, aufregend und schön. Man hat Pläne, ob man die dann macht ist da auch erstmal egal. Dann kommt aber irgendwann der Alltag. Irgendwann redet man dann nicht mehr viel miteinander und kommuniziert nur noch das Nötigste. In der Groko vergisst man dann zum Beispiel den Partner über das Abstimmungsverhalten zum Thema Preiserhöhung der Bustickets zu informieren und in der Sitzung gibt es dann große Verwunderung. Aber zum Glück ist bei Verteuerung des ÖPNV ja auf die Autofahrerfreunde der FDP verlassen und so kommt das Ding doch noch durch.

Im 5. Jahr Groko guckt man sich oft nur noch genervt an und man kommt oftmals noch auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. In einer bröckelnden Ehe rafft man sich auch noch manchmal auf, um gemeinsam schick essen zu gehen, weil es ja toll aussieht oder in unserem Fall gönnt man sich einfach ein saniertes Kurhaus für über 40 Millionen. Schick Geld ausgeben geht immer!

Aber kommen wir mal zum Haushalt. Was steht denn drin? Wir haben mal unsere

Lieblingssachen rausgesucht. Wir planen in 2019 5 Datenschutzvergehen. Als Wissenschaftsstadt im Zeitalter der Digitalisierung und in Zeiten von Adventskalender Datenklau leisten wir uns ganze 100.000 € im Produkt "Datenschutz und Datensicherheit". Vergleichen wir das mal mit den 400T für die rostigen Terrorpöller.

Dann diese lächerliche Nummer mit den 25 T für die freie Kulturszene. Wir haben im Veränderungsnachweis nochmal einen verbesserten Haushaltsentwurf von ca. 3 Mio bekommen und ein Haushaltsvolumen von etwa einer Milliarde.

Wenn ihnen das Geld trotzdem so knapp vorkommt, könnten sie sich gerne mehr Mühe geben das Geld zurückzubekommen, das wir einem gewissen SPD Personalrat zu viel gezahlt haben.

Man könnte denken wir wollen gewisse Dinge im Haushalt extra verkomplizieren oder unverständlich machen. Als interessierter Bürger könnte man an der ein oder anderen Stelle auf Verständnishürden treffen.

Abschreibungsportale - Was sind eigentlich Abschreibungsportale?

Wenn man das Wort Abschreibungsportale im Internet sucht bekommt man genau 0 Treffer. Es gibt jedoch eine Person auf der Erde, die dieses Wort schon einmal benutzt. Sie Frau Grehling.

Aber ist ja auch egal. Da fragt eh nie wieder jemand nach... Gäb es einen Finanzsprech Mundartpreis. Wäre der Haushaltsplanentwurf 2018 auf jeden Fall eine heisse Bewerbung.

Es geht schon teilweise Richtung Kryptographie. Anderes Beispiel der interaktive Haushalt. Vom Gedanken her eine schöne Idee. Und wir sind auch echt froh, daß man plant diesen interaktiven Haushalt

weiterzuentwickeln. Auch hier gibt es jedoch noch die ein oder andere

Verständnishürde, wenn man sich vorstellt ein Bürger verirrt sich auf das Portal.

"Auflösung v Erh Anz Sopo Sonstige" "Erstattung an verb Uneh, Btlg + SoVer"

Stichwort Unverständlichkeit. Je länger wir hier mitmachen und Prozesse verstehen, desto schwieriger wird es für uns unsere Meinung zu bilden. Wir kommen immer wieder an Punkte, wo wir Informationen hinterfragen bzw zu wenig Informationen bekommen haben. Deshalb mussten wir in den vergangenen Monaten immer wieder Akteneinsichten machen und unsere Sicht wurde jedesmal wesentlich klarer. Es kann doch nicht sein, daß ich als Ehrenamtler mir auch noch Nachmittage um die Ohren schlagen muss, weil ich von einer Verwaltung nicht umfänglich genug informiert werde.

Wir haben in fast allen Ausschüssen darauf verzichtet eigene Änderungsanträge zu den Haushaltsplanberatungen einzubringen.

Das haben wir nicht getan, weil wir nichts zu verbessern hätten, nicht weil der Haushalt unsere Schwerpunkte spiegelt, sondern weil Sie unsere Vorschläge allerhöchstens gelesen, aber niemals in Betracht gezogen hätten.

Egal wie sinnvoll unsere Punkte gewesen wären, ja, selbst wenn jeder von Ihnen persönlich unseren Punkten zugestimmt und sie für wichtig erachtet hätte, hätten sie dem doch nicht zustimmen können.

Und das liegt einzig und allein daran, dass Sie nicht als selbstständig denkende Politiker, hier wie dort sitzen, sondern ausschließlich als ausführendes Organ einer Koalition. Und für diese Koalition wäre es schlicht nicht möglich in der begrenzten Zeit der Haushaltsplanberatungen auf irgendetwas zu reagieren, was nicht ohnehin Teil dieser Koalition oder Verwaltung ist.

Ihre Leute hätten sich im Grunde zuerst innerhalb der jeweiligen Fraktion absichern müssen, die sich dann gegenüber ihrem geliebten Koalitionspartner hätte rückversichern müssen, dass es in Ordnung ist ein kleine Korrektur vorzunehmen.

Und den unnötigen Aufwand würden sie sich nie machen. Und genau daran wird klar was ihre Koalition anrichtet, was es bedeutet, dass ihre Leute nichts als ein Werkzeug dieser Struktur sind.

Sie können und dürfen gar nicht auf uns reagieren, weil sonst ihre schöne Konstruktion in sich zusammenfiel!

Und wozu?! Damit die Herren Baal und Servos es so bequemer haben, damit sie intern wie extern keine Debatten führen müssen, damit sie immer im Koalitionszwang und nie ehrlich motiviert sind.

Kurz, um zu verwalten statt Politik zu machen, weil sie verlernt haben wie Politik geht.

Wie schon zu Beginn gesagt wir werden den Haushalt nicht mittragen. Wir hoffen, daß endlich einmal sachbezogene offene Debatten geführt werden und dieses politische Kalkül was zur sichtbaren Lähmung führt aufhört.

Vielen Dank.